

IWH-Pressemitteilung 24/2015

Halle (Saale), den 1. Juli 2015

Im Lichte neuer Daten: Ostdeutschland absolut „reicher“, beim Wachstumspotenzial jedoch relativ „ärmer“

Die amtliche Statistik hat die Angaben zum Bruttoinlandsprodukt der ostdeutschen Flächenländer für die Jahre seit 2000 um jährlich rund 3% erhöht. In dieser Korrektur kommen auch konzeptionelle Erweiterungen des gesamtwirtschaftlichen Rechnungswesens zum Tragen. Insbesondere betrifft das Forschungs- und Entwicklungsleistungen, die jetzt wie eine Investition in ein Vermögensgut behandelt werden. Es zeigt sich, dass der Osten in diesem Zukunftsbereich gegenüber dem Westen stärker zurückliegt, als bisher beziffert worden ist.

Bislang galten Forschungs- und Entwicklungsleistungen als Verbrauchsgüter, die im Wirtschaftskreislauf in den Vorleistungen des Nutzers oder im Konsum des Endverbrauchers verschwinden. Jetzt zählen sie als Vermögensgut, das akkumuliert wird und als geistiges Eigentum wiederholt im Produktionsprozess eingesetzt werden kann. Forschung und Entwicklung (FuE) erweitern den Anlagenbestand einer Volkswirtschaft um eine weitere nichtmaterielle Komponente.

Zur Bedeutung der Neuverbuchung von Forschungs- und Entwicklungsleistungen gibt die Veränderung der Größe der investiven Verwendungskomponente des Bruttoinlandsprodukts, und zwar der Investitionen in neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen, nähere Auskunft. Hier schwankt die revisionsbedingte Anhebung für die ostdeutschen Flächenländer seit dem Jahr 2000 zwischen 11% und 21%, während sie für den Westen 23% bis 31% beträgt. Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt teilen sich im Jahresdurchschnitt mit rund 14% die hinteren Ränge, während Sachsen mit 22% die Spitze bildet. Dazwischen liegen Thüringen (20%) und Brandenburg (19%). Zum Vergleich: Berlin liegt bei 40%. Damit fällt der Osten (ohne Berlin) bei dieser Wachstumsressource gegenüber dem Westen deutlich zurück, ist also relativ „ärmer“ geworden.

Mit dem Einbezug von FuE in die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Investition in ein Vermögensgut kann ihr Beitrag zur wirtschaftlichen Gesamtleistung kompakter als vordem dargestellt werden. Die Neuberechnung zeigt, dass der Rückstand der ostdeutschen Flächenländer gegenüber dem Westen bei FuE größer ist als bisher bekannt, auch wenn er nicht auf der ganzen Linie besteht. Er wird vom Forschungsdefizit im Unternehmenssektor, und hier vor allem im Verarbeitenden Gewerbe dominiert. Das ist keine Überraschung, da einzelne Fachstatistiken seit längerem auf einen ähnlichen Tatbestand verweisen. Die Gründe für diesen Rückstand sind weitgehend bekannt: die Dezimierung der Industrieforschung bei der Privatisierung der früheren Staatsbetriebe der DDR in den Neunzigern, die Kleinteiligkeit der privatisierten und der neugegründeten Industrieunternehmen, die wenig Raum für eigene FuE lässt, das Defizit an Großunternehmen, die eigene FuE-Abteilungen unterhalten, und der Werkbankcharakter vieler Filialen von auswärtigen Konzernzentralen, die kaum FuE vor Ort betreiben, sowie der geringe Anteil forschungsinintensiver Zweige an der Gesamtwirtschaft.

Sperrfrist:

1. Juli 2015
10:00 Uhr

Pressekontakt:

Stefanie Orphal
Telefon:
+49 345 7753 720
E-Mail:
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner:

Udo Ludwig
Telefon:
+49 178 6767281
E-Mail:
ldw@iwh-halle.de

Politische Ressorts:

Bundesministerium für
Wirtschaft und Energie
(**BMWi**), Bundesminister-
terium des Innern (**BMI**),
Bundesministerium der
Finanzen (**BMF**), Bundes-
ministerium für Verkehr und
Digitale Infrastruktur
(**BMVI**), Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit
(**BMUB**), Bundeskanzler-
amt, Wirtschaftsministerien
der Neuen Länder

Wissenschaftliche

Schlagwörter:

Forschung und Entwicklung,
Wertschöpfung, Verarbei-
tendes Gewerbe, Ost-
deutschland

Aktueller Bezug:

Datenrevision

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

Tel.: +49 345 7753 60
Fax: +49 345 7753 820
www.iwh-halle.de

Die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsaussichten des Ostens, die an sich schon durch die Alterung und Schrumpfung der Einwohnerzahlen eingeschränkt sind, erfahren eine weitere Zügelung durch die Rückstände bei FuE. Die staatliche Förderung von FuE-Leistungen mildert zwar den Abstand, sie kann jedoch das Streben eines dynamischen Unternehmertums nach Innovationen nicht ersetzen.

Veröffentlichung:

LUDWIG, U.; EXSS, F.: Im Lichte neuer Daten: Ostdeutschland absolut „reicher“, beim Wachstumspotenzial jedoch relativ „ärmer“, in: *IWH, Wirtschaft im Wandel*, Jg. 21 (3), 2015, 53-55.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner:

Professor Dr. Udo Ludwig
Tel.: +49 178 6767281
E-Mail: ldw@iwh-halle.de

Pressekontakt:

Dr. Stefanie Orphal
E-Mail: presse@iwh-halle.de

IWH-Expertenliste:

Die [IWH-Expertenliste](#) bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftler/innen. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle](#) des IWH.

Die Aufgaben des **Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)** sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 89 selbstständige Forschungseinrichtungen. Deren Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.